

12.12.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzung) -

in der Fassung nach der 2. Lesung
- Drucksachen 16/4400 (Neudruck) bis 16/4407, 16/4409, 16/4411 bis 16/4415, 16/4417,
16/4420 und 16/4470 -

3. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Berichterstatter

Abgeordneter Christian Möbius

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzung) - in der Fassung nach der 2. Lesung wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Datum des Originals: 12.12.2013/Ausgegeben: 16.12.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

1. In § 1 wird die Zahl „62 308 783 800 Euro“ (*Fassung nach der 2. Lesung*) durch die Zahl „62 307 758 300 Euro“ ersetzt (*Haushaltsvolumen*).
2. Der Gesamtplan (Anlage zum Haushaltsgesetz 2014: Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) erhält die aus der **Anlage** zu diesem Bericht ersichtliche Fassung.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzung) - wurde vom Landtag in 2. Lesung am 27. und 28. November 2013 behandelt und am 28. November 2013 entsprechend den Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksachen 16/4400 (Neudruck) bis 16/4407, 16/4409, 16/4411 bis 16/4415, 16/4417, 16/4420 und 16/4470, angenommen und im Übrigen unverändert an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der 3. Lesung zurücküberwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf mit allen Übersichten und Anlagen in seiner Sitzung am 12. Dezember 2013 abschließend beraten. Dabei stützte er sich bezüglich der Entwürfe der Einzelpläne und des Gesetzes auf seine vom Landtag angenommenen Beschlussempfehlungen zur 2. Lesung (16/4400 (Neudruck) bis 16/4407, 16/4409, 16/4411 bis 16/4415, 16/4417, 16/4420 und 16/4470). Das Parlamentarische Kontrollgremium hat den Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der 3. Lesung mit der Vorlage 16/1457 unterrichtet, dass es gemäß § 10a Abs. 2 der LHO in Verbindung mit § 23 Abs. 1 Satz 3 VSG NRW in den geheimzuhaltenden Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes für das Jahr 2014 (Einzelplan 03, Kapitel 03 010, Titelgruppe 60) eingewilligt hat.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt 2014 wird auch auf den Bericht zur 3. Lesung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 - Drucksache 16/4601 - verwiesen.

B Beratungsergebnisse

Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit den folgenden Beratungsgegenständen:

1. Änderungsanträge der Fraktionen

Alle Änderungsanträge sind im Anhang mit den jeweiligen Abstimmungsergebnissen dargestellt. Während der Beratungen wurden dazu auf Grundlage eines als Tischvorlage vorliegenden Abstimmungskompendiums auch die jeweils antragstellenden Fraktionen in Einzelfällen ergänzt.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten nach Abschluss der einzelnen Abstimmungen zu den Schlusssummen den ebenfalls angehängten Änderungsantrag zur Anpassung des Haushaltsvolumens (Verringerung um 1 025 500 Euro auf 62 307 758 300 Euro). Es handelt sich hierbei um einen Folgeantrag aus den beiden zuvor angenommenen Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen zum Einzelplan 06. Dieser Folgeantrag wurde als Tischvorlage verteilt und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN einstimmig angenommen.

2. Bereinigungsbeschluss

Der Haushalts- und Finanzausschuss fasste mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der PIRATEN-Fraktion einstimmig folgenden **Bereinigungsbeschluss**:

„Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.

Die vom Finanzministerium nach der heutigen Sitzung des HFA als Anlagen zu unseren Beschlussempfehlungen beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 3. Lesung, als sie die Beschlusslage der heutigen Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben.“

3. Ausgleich des Haushalts

Mit der Anpassung des Haushaltsvolumens in § 1 des Haushaltsgesetzes 2014 ist der Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

C Abstimmungen, Ergebnis

Nach den jeweiligen Abstimmungen über die Änderungsanträge der Fraktionen wurden die jeweiligen Einzelpläne wie folgt abgestimmt:

Epl	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	Ergebnis	
01 keine Änderungsanträge	+	+	+	+	-	angenommen	<i>unverändert</i>
02 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	Enth.	angenommen	<i>unverändert</i>
03 keine Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
04 keine Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
05 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
06 zwei angenommene Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>verändert</i>
07 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
09 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
10 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	+	angenommen	<i>unverändert</i>

11 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
12 keine Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
13 keine Änderungsanträge	+	+	+	+	+	einstimmig angenommen	<i>unverändert</i>
14 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
15 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
20 keine angenommenen Änderungsanträge	+	-	+	-	-	angenommen	<i>unverändert</i>
Haushaltsgesetzes- text; Folgeantrag zum Haushaltsvolumen (§ 1 HGE 2014)	+	Enth.	+	Enth.	Enth.	einstimmig angenommen	<i>vgl. Beschluss- empfehlung Ziffer 1</i>

In der abschließenden Gesamtabstimmung wurde der Haushaltsgesetzesentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung mit den zur Vorbereitung der 3. Lesung im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Änderungen, einschließlich Personaletat, den Anlagen zum Haushaltsgesetz, einschließlich Gesamtplan, den Übersichten und den Einzelplänen in der Fassung der in dieser Sitzung zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums mit

Anlage zum Haushaltsgesetz 2014: Gesamtplan
(Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan)

Anlage zum
Haushaltsgesetz

**Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr
2014**

Gesamtplan

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen		Ausgaben		Verpflichtungsermächtigungen 2014 (TEUR)	Ausgaben 2013* (TEUR)
	2014 (TEUR)	2013* (TEUR)	2014 (TEUR)	2013* (TEUR)		
01 Landtag	336,6	336,6	123.604,6	1.420,0		122.104,9
02 Ministerpräsidentin	802,5	802,5	120.469,7	23.410,0		119.299,5
03 Ministerium für Inneres und Kommunales	310.403,8	299.597,5	5.051.435,1	371.970,5		4.844.827,6
04 Justizministerium	1.149.141,5	1.306.590,9	3.796.955,0	55.770,5		3.666.166,1
05 Ministerium für Schule und Weiterbildung	195.001,1	198.591,2	15.592.528,6	244.608,6		15.132.075,3
06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	1.131.189,8	1.024.510,1	7.930.813,1	414.170,0		7.411.819,0
07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	166.832,7	163.552,0	2.905.654,0	107.278,1		2.656.606,1
09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	1.865.815,8	1.886.787,3	3.087.806,9	1.353.559,1		3.110.609,1
10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	262.167,7	271.946,0	921.537,6	1.213.865,6		917.970,2
11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	2.750.487,8	2.333.309,3	3.592.347,5	152.919,5		3.178.046,8
12 Finanzministerium	741.464,4	742.877,6	2.053.338,2	22.300,0		1.988.706,0
13 Landesrechnungshof	417,9	248,1	40.515,9	0,0		39.970,6
14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	258.252,0	292.580,5	759.254,6	266.195,6		796.800,2
15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	224.347,7	229.084,7	993.258,5	134.483,0		973.274,9
20 Allgemeine Finanzverwaltung	53.251.097,0	51.688.716,5	15.338.239,0	263.752,0		15.481.254,5
Zusammen	62.307.758,3	60.439.530,8	62.307.758,3	4.625.702,5		60.439.530,8

* Stand: Nachtrag 2013 (ohne Umsetzungen im Vollzug)

Hinweis:

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

FINANZIERÜBERSICHT

		(Mio EUR)
I.	HAUSHALTSVOLUMEN	62.307,8
II.	ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSALDOS	
1.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	61.792,2
2.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	59.756,6
3.	Finanzierungssaldo	-2.035,5
III.	ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSALDOS	
4.	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	20.928,7
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.380,7
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	2.548,0
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	0,0
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	513,0
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,5
8.	abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	0,0
9.	Finanzierungssaldo	-2.035,5
IV.	NACHRICHTLICH	
	ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	2.548,0
	zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.380,7
	Kreditermächtigung (brutto)	20.928,7

KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		(Mio EUR)
I.	EINNAHMEN AUS KREDITEN	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt (brutto)	20.928,7
	Zusammen	20.928,7
II.	TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	18.380,7
	Zusammen	18.532,3
III.	NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	-151,6
	Zusammen	2.386,4

Abweichungen in den Summen durch Runden.

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 20 010 Steuern Titel 371 00 Globale Mehreinnahme durch Wirtschaftswachstum wegen eines Entfesselungsimpulses</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes</p> <p>2014 von 0 Euro um 25.000.000 Euro auf 25.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Nordrhein-Westfalen bleibt in seiner wirtschaftlichen Entwicklung hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Die wirtschaftliche Dynamik des Landes muss durch einen Entfesselungsimpuls gestärkt werden. Die Landesregierung bremst aber beispielsweise mit dem Klimaschutzgesetz oder dem Tariftreue-gesetz die Entwicklung ab. Die FDP will wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, um mit verbesserten Standortbedingungen die Lücke zum Bundestrend zu schließen. Das bedeutet 0,3%-Punkte zusätzliches Wirtschaftswachstum bis 2017.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 461 10 Zur Verstärkung der Ansätze für die Personal- ausgaben bei Titeln der Obergruppen 41, 43, 44 und 45 in den Einzelplänen, zur Verstärkung von Ansätzen bei Titeln der Obergruppe 63 in den Versorgungskapiteln der Einzelpläne sowie nach Maßgabe der Vermerke Nr. 5 - 7 zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe, Hochschulen und Universitätskliniken</p> <p>Reduzierung des Baransatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>91.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">66.000.000 Euro.</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>81.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die absehbaren Erhöhungen der Ansätze sind bereits in den jeweiligen Einzelplänen erfolgt. Alleine die Titelgruppe 44 (Beihilfen, Unterstützungen und dgl.) steigt im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 um über 6 Prozent. Ein Verstärkungsansatz in Höhe von 10 Millionen Euro ist ausreichend.</p>	2014		2013	Von	91.000.000 Euro	66.000.000 Euro.	um	81.000.000 Euro		auf	10.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
Von	91.000.000 Euro	66.000.000 Euro.																							
um	81.000.000 Euro																								
auf	10.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 461 12 Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben bei Titeln der Obergruppe 42 in den Einzelplänen sowie nach Maßgabe der Vermerke Nr. 6 - 8 zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe, Hochschulen und Universitätskliniken zur verfassungskonformen Anpassung der Beamtenbesoldung.</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;">2013</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">180.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">180.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Haushaltsvermerk wie in Titel 461 11 des Kapitels 20 020</p> <p>Begründung: Die Tariferhöhung im öffentlichen Dienst ist lediglich auf 20 Prozent der Beamten inhaltsgleich übertragen worden. Diese Abkoppelung großer Teile der Beamtenschaft von der allgemeinen Lohnentwicklung ist</p>	2014			2013		Von	0 Euro		0 Euro		um	180.000.000 Euro				auf	180.000.000 Euro				<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2014			2013																														
Von	0 Euro		0 Euro																														
um	180.000.000 Euro																																
auf	180.000.000 Euro																																
SPD	nein																																
CDU	Enth.																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	ja																																

		<p>verfassungsrechtlich nicht tragbar. Der Verstärkungsansatz dient dazu, eine verfassungskonforme Verbesserung für die betroffenen Beamten zu erreichen. Durch diesen Verstärkungsansatz bleibt kein Landesbeamter gleich mehrere Jahre in Folge ohne Tarifierung, so wie es leider die rot/grüne Vorgehensweise vorsieht. Ein vollständiger Verzicht auf eine Kompensation der inflationsbedingten Einbußen beim verfügbaren Einkommen der Landesbeamten ist für keine Besoldungsgruppe akzeptabel.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 20 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes sowie Anpassung des Haushaltsvermerks</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen. Ausgenommen sind die Kapitel 03 110, 03 130, 03 350, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410, 04 510, 05 300 bis 490, 12 050 bis 400.</p> <p>Begründung: Jährlich sollen 2 Prozent der Ausgaben für Personal eingespart werden. Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung werden dabei ausgenommen. Die jährliche Produktivitätssteigerung der Mitarbeiter reicht aus, um die Qualität der Leistungserbringung konstant zu halten. Diese Einschätzung liegt auch dem Personalabbau im Saarland zugrunde, wo insgesamt rund 11% aller Stellen und Planstellen innerhalb der nächsten 7 Jahre abgebaut werden.</p>	2014	2013	von 0 Euro	0 Euro	um 30.000.000 Euro		auf - 30.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf - 30.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 40 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von Standardbefreiungen</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p>Begründung: Zahlreiche Planstellen in allen Bereichen des Landeshaushalts werden wegen unnötig hoher Standards für unproduktive Zwecke gebunden. Beispielsweise durch ein zu umfangreiches Landespersonalvertretungsgesetz. Die Rückführung solcher Überstandards konsolidiert den Haushalt, ohne Qualitätsverluste in der Leistungserbringung zu verursachen.</p>	2014	2013	von 0 Euro	0 Euro	um 50.000.000 Euro		auf -50.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf -50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 50 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von flexiblen</p> <p>Altersgrenzen</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p>Begründung: Beamten ist es möglich, über die Regelaltersgrenze hinaus zu arbeiten. Dies erhöht die individuelle Freiheit der Lebensplanung der Beamten und verringert zudem Pensionskosten für das Land. Dieses Instrument wird ausgeweitet, um die positiven Effekte zu verstärken.</p>	2014	2013	von 0 Euro	0 Euro	um 3.000.000 Euro		auf - 3.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2014	2013																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 3.000.000 Euro																					
auf - 3.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 60 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen durch Bereitstellung von Personal durch die Portigon AG</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte einzuleiten.</p> <p>Begründung: Personal, für das unser Land aufgrund rechtlicher Verpflichtungen ohnehin noch längerfristig aufkommen muss, sollte auch einen sinnvollen Arbeitseinsatz für Landesaufgaben erfahren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Hunderte von Landesbankbeamten bei der Portigon AG nach Wegfall ihrer bisherigen Aufgaben keiner produktiven Beschäftigung mehr nachgehen</p>	2014	2013	Von 0 Euro	0 Euro	um 40.000.000 Euro		auf -40.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 40.000.000 Euro																					
auf -40.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 70 Minderausgaben für Personalausgaben im Einzelplan 10</p> <p>300 Stellen sind kw.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist im Einzelplan 10 zu erbringen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Landesregierung hat dem Landtag bisher keine stellenscharfe Bedarfsanalyse vorgelegt, die die Notwendigkeit des Stellenaufwuchses von über 300 Stellen im Geschäftsbereich des Umweltministeriums rechtfertigt bzw. eine sinnvolle Verwendung der Stellenexpansion aufzeigt. Diese einseitige Privilegierung des Umweltressorts muss beendet werden.</p>	2014	2013	von 0 Euro	0 Euro	um 15.000.000 Euro		auf - 15.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 15.000.000 Euro																					
auf - 15.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 549 00 Einsparbeitrag sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 60.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 60.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p>Begründung:</p> <p>Reduktion bei Gutachten, PR, Publikationen und Veranstaltungen. Zudem Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben generell über alle Einzelpläne. Bei einem Gesamtvolumen der sächlichen Verwaltungsausgaben (inkl. Zinszahlungen) von über 6,5 Mrd. Euro ist dies ein Konsolidierungsbeitrag von unter 1 Prozent.</p>	2014	2013	von 0 Euro	0 Euro	um 60.000.000 Euro		auf - 60.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 60.000.000 Euro																					
auf - 60.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 549 30 Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben durch ein zentrales Bedarfs- und Einkaufsmanagement</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2013</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p>Begründung:</p> <p>Bisher gibt es keine übergeordnete Instanz, die den genauen Ablauf der Bedarfsfeststellung und den späteren Kauf plant und verbindlich Kostendeckelungen vorschreibt. Durch die Einführung eines zentralen Bedarfs- und Einkaufsmanagement wird ein erhebliches Optimierungspotential gehoben. Die einzelnen Ressorts werden bei einem solchen zentralen Bedarfsmanagement nicht in ihrer Entscheidungsfreiheit beschnitten, sondern bedienen sich dieses Instrumentariums, um passgenauere Leistung zu geringeren Kosten zu erhalten.</p>	2014		2013		von	0 Euro	0	Euro	um	50.000.000 Euro			auf	- 50.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																											
von	0 Euro	0	Euro																										
um	50.000.000 Euro																												
auf	- 50.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		<p>Vergangenheit zeigen hier zum Teil gravierende Missstände auf. Mittelfristig kann hier eine Effizienzverbesserung von 1,5% der Bilanzsumme erreicht werden.</p> <p>Langfristig muss sich das Land auf Kernaufgaben konzentrieren und Aufgaben, die von Privaten wirtschaftlicher wahrgenommen werden, privatisieren. Das betrifft auch das Beteiligungsvermögen des Landes.</p> <p>FDP und CDU haben in ihrer Regierungszeit insgesamt 138 der vormals über 1.000 selbständigen Behörden und Einrichtungen des Landes aufgelöst und über 14.000 Stellen sozialverträglich abgebaut. Diese erfolgreichen Strukturreformen in der Verwaltung des Landes müssen konsequent fortgesetzt werden.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</p> <p>Titel 883 20 Zukunftspauschale „Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur in Kommunen“</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 191.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 191.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) wird die Landesregierung mit der Einführung einer Zukunftspauschale für kommunale Investitionen in Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur beauftragt. Dies soll im Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden erfolgen. Es handelt sich um eine zusätzliche Aufstockung der GFG-Mittel außerhalb des Steuerverbunds.</p> <p>Begründung: Die Kommunen des Landes werden durch das Land ohne Not immer stärker belastet. Die Kosten der Ausführung unnötiger Gesetze und Regelungen liegt oft bei den Kommunen, beispielsweise durch das Tariftreue- und Vergabegesetz sowie durch die Kontrolle des umfassenden Rauchverbots selbst in privaten Liegenschaften als auch</p>	2014	2013	Von 0 Euro	0 Euro	um 191.000.000 Euro		auf 191.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2014	2013																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 191.000.000 Euro																					
auf 191.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

	<p>bei der Ausweisung vollflächiger Umweltzonen. Weitere hohe Kosten werden den Kommunen durch die Umsetzung der schulischen Inklusion entstehen, wenn im Interesse der Betroffenen nicht vollständig auf jede qualitative Ausgestaltung verzichtet werden soll. Durch diese höheren Zuweisungen werden die Kommunen bei der Erfüllung der ihnen vom Land übertragenen Aufgaben entlastet.</p> <p>Durch Einsparungen und Schwerpunktverschiebungen steht im Haushaltsjahr 2014 eine Summe von 191 Millionen Euro für kommunale Investitionen in Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur zur Verfügung. Diese soll den Kommunen, auch solchen im Haushaltssicherungskonzept, unbürokratisch als Pauschalzuweisung im Rahmen des GFG zur Verfügung gestellt werden, um zusätzliche Vorhaben in den Zukunftsfeldern der Kinderbetreuung (inklusive U3), der Schulpolitik, der örtlichen Kulturförderung, der Sportförderung oder der Instandhaltung kommunaler Infrastruktur finanzieren zu können. Auch bei der Inklusion werden die Kommunen vom Land bisher alleine gelassen; die Konnexitätsrelevanz der entstehenden enormen Mehrausgaben wird von SPD und Grünen nicht anerkannt. Die Zukunftspauschale wird auch hier eine wertvolle finanzielle Hilfe zur Anschubfinanzierung der Inklusion in den Kommunen sein. Zudem dienen die Mittel den von der Abundanzumlage betroffenen Kommunen als Entlastung, indem auf dieses Fehlsteuerungsinstrument vollständig verzichtet wird.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz
zum Haushaltsgesetz 2014**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU FDP PIRATEN	<p>§ 15 Absatz 3 Haushaltsgesetz wird ersatzlos gestrichen</p> <p>Begründung:</p> <p>Durch Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen wurde § 15 des Haushaltsgesetzes 2013 um den Absatz 3 ergänzt.</p> <p>Auf Basis des § 15 Absatz 3 Haushaltsgesetz 2013 wurde im Haushalts- und Finanzausschuss durch die Fraktionen von SPD und Grünen der Verkauf der Polizeiinspektion Köln-Kalk beschlossen. In den Ausschussberatungen ist deutlich geworden, dass es sich aufgrund der fehlenden öffentlichen Ausschreibung um ein intransparentes Verfahren handelt. Insbesondere ist nicht transparent, nach welchen Kriterien eine Auswahl des Grundstückserwerbers zustande kommt.</p> <p>In der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes im Haushalts- und Finanzausschusses wurde ein Antrag der Fraktionen CDU und Piraten durch die regierungstragenden Fraktionen abgelehnt, das Verfahren des §15 Abs. 3 anzupassen und durch eine wettbewerbliche Vergabe möglichen Schaden vom Land abzuwehren</p> <p>Da im Status-quo die Gefahr besteht, dass stille Reserven des Landes durch ein intransparentes Verfahren an Gemeinden und Gemeindeverbände oder mehrheitlich kommunale Gesellschaften verschoben werden könnten, muss aus Gründen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit § 15 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 2014 ersatzlos gestrichen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuss für Haushalt und Finanzen
zum Haushaltsgesetz 2014**

Ifd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Änderungsantrag zum Gesetzestext	Abstimmungsergebnis										
	CDU	<p>In das Haushaltsgesetz wird ein neuer Abschnitt 10: Finanzplanung aufgenommen. § 31 des Haushaltsgesetzes wird wie folgt gefasst: „Die Landesregierung legt dem Landtag zum 1. Juli 2014 einen Finanzplan zur Erfüllung der Verpflichtungen nach Artikel 109, 115 in Verbindung mit Artikel 143d Grundgesetz vor.“ Der bisherige Abschnitt 10 wird zum Abschnitt 11. Die bisherigen §§ 31 und 32 werden zu den §§ 32 und 33.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Schuldenbremse gilt – unabhängig ob eine eigenständige Regelung in die Landesverfassung aufgenommen wird oder nicht – ab 2020 auch für Nordrhein-Westfalen. In Artikel 143d Grundgesetz ist geregelt, dass die Haushalte der Länder so aufzustellen sind, dass im Haushaltsjahr 2020 die Vorgabe der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse erfüllt wird. Mit dem Abbau des bestehenden Defizits sollte bereits im Haushaltsjahr 2011 begonnen werden. Daher soll die Landesregierung verpflichtet werden, eine verbindliche Finanzplanung bis 2020 vorzulegen.</p>	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">1x ja 1x Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	1x ja 1x Enth.
SPD	nein												
CDU	ja												
GRÜNE	nein												
FDP	ja												
PIRATEN	1x ja 1x Enth.												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
	FDP	<p>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin Titel 541 10 Zur Erfüllung von Repräsentations- verpflichtungen der Landesregierung</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.300.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td>1.400.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>100.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.200.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2012 waren deutlich niedriger als der Ansatz. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist es notwendig, die Mittel in diesem Aufgabenbereich zu reduzieren.</p>	2014				2013	von	1.300.000	Euro		1.400.000	um	100.000	Euro			auf	1.200.000	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2014				2013																													
von	1.300.000	Euro		1.400.000																													
um	100.000	Euro																															
auf	1.200.000	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	Enth.																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	Enth.																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen TG 60 Expo Fortschrittmotor Klimaschutz, Energiewende</p> <p>Streichung der Titelgruppe</p> <p>2014 Mit Ausgaben von 2.500.000 Euro Mit Einnahmen von 0 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung besteht für solche neuen Aufgaben des Landes kein Spielraum.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt</p> <p>Titel 684 10 Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2014 von 200.000 Euro um 200.000 Euro auf 0 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Diese Projekte werden überwiegend bereits durch die EU gefördert. Deshalb wird der Ansatz aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 02 200 Medien Titel 541 60 Aus- und Fortbildung im Medienbereich</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 215.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 215.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Aufstockung der Mittel ist unbegründet. Ein konkretes Konzept zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Medienbereich ist nicht zu erkennen. Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sind aus dem entsprechenden Titel der Staatskanzlei zu finanzieren.</p>	2014	2013	Von 215.000 Euro	0 Euro	um 215.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
Von 215.000 Euro	0 Euro																				
um 215.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen TG 63 Öffentlichkeitsarbeit, Messen und Ausstellungen Titel 531 63 Veröffentlichungen, Dokumentationen und Veranstaltungen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">590.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">590.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">490.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Ministerium nutzt diese Titelgruppe unter anderem für sinnvolle Elterninformationen, die Teilnahme an Messen oder zur Lehrerwerbung. Gleichzeitig werden Steuermittel für vollkommen unnötige Broschüren verschwendet. Auch verdeutlichen einige „Kampagnen“ der rot-grünen Landesregierung, dass Mittel für überflüssige politische Kommunikation zur Durchsetzung politischer Ziele genutzt werden. Im Sinne der</p>	2014		2013	von	590.900 Euro	590.900 Euro	um	100.000 Euro		auf	490.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	590.900 Euro	590.900 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	490.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

		Generationengerechtigkeit wird der Haushaltstitel pauschal um 100.000 € gekürzt. Die Mittel kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 05 077 Landesinstitut und Unterstützungsagentur für Schule des Landes Nordrhein-Westfalen (LIUNA NRW)</p> <p>Streichung des Kapitels</p> <p>Mit Gesamteinnahmen von 22.500 Euro Mit Gesamtausgaben von 4.932.400 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Einrichtung eines neuen Landesinstituts „LIUNA“ ist nicht notwendig. Die Aufgabenwahrnehmung, die für das Institut angedacht ist, muss durch die bestehenden Strukturen geleistet werden. Daher werden die eingeplanten Mittel in dem Kapitel 05 077 gestrichen, die Mittel kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">399.874.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">396.716.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">399.624.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>In Kapitel 05 300 werden 5 zusätzliche Stellen befristet für 3 Jahre bis 2015 für die Entwicklung der Schullandschaft, insbesondere für Inklusion und Sekundarschulen, bereitgestellt. Zu Recht sind in der Vergangenheit für Beratungstätigkeiten für die Inklusion zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt worden. Darüber hinaus betont die Landesregierung kontinuierlich, wie gut die Sekundarschulen angenommen würden. Daher bedarf es dieser 5 Stellen nicht. Die Stellen werden mit 50.000 € valuiert abgesetzt und kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>	2014		2013	von	399.874.700 Euro	396.716.400 Euro	um	250.000 Euro		auf	399.624.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	399.874.700 Euro	396.716.400 Euro																							
um	250.000 Euro																								
auf	399.624.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titel 462 00 Globale Minderausgabe</p> <p>900 Stellen sind kw. Realisierung erfolgt ausschließlich durch Substitution administrativer Tätigkeiten von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schulleitungen durch Schulverwaltungsassistenten/innen.</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels und Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 45.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -45.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Von Lehrern und Lehrerinnen wird eine Vielzahl nicht pädagogischer Leistungen erbracht. Diese binden die Lehrkraft, kommen den Kindern und Jugendlichen aber nicht in Form von Betreuung, Erziehung und Unterricht zugute. Schulverwaltungsassistenten/innen werden die Lehrenden zu wichtigen Teilen von diesen bürokratischen Aufgaben entlasten. Es werden gleichzeitig 900 Stellen für Schulverwaltungsassistenten/innen geschaffen (vgl. Kapitel 05 300 TG 63).</p>	2014	2013	von 0 Euro	0 Euro	um 45.000.000 Euro		auf -45.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 45.000.000 Euro																					
auf -45.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titelgruppe 63 Schulverwaltungsassistenz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2013</td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>11.052.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.307.600</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>27.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>38.052.900 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Schulverwaltungsassistenten/innen sollen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen bei der Erfüllung „nichtunterrichtlicher Aufgaben“ entlasten. So können die Pädagogen sich stärker auf die Erteilung des Unterrichts konzentrieren. Zudem können fachfremde Tätigkeiten die Lehrenden demotivieren. Da Lehrkräfte ihrem höheren Bildungsabschluss entsprechend entlohnt werden, wird durch die Ausweitung der Schulverwaltungsassistenz eine sinnvolle Entlastung der Schulen herbeigeführt und gleichzeitig ein Konsolidierungsbeitrag erbracht.</p>	2014		2013		von	11.052.900 Euro	10.307.600	Euro	um	27.000.000 Euro			auf	38.052.900 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																											
von	11.052.900 Euro	10.307.600	Euro																										
um	27.000.000 Euro																												
auf	38.052.900 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam TG 81 Bildungsforschung und Bildungsplanung – Titel 547 81 Evaluation des Schulversuchs „Abitur nach 12 oder 13 Jahren“</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.858.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.858.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.707.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Es bedarf keiner wissenschaftlichen Evaluation des Modellversuchs „Abitur nach 12 oder 13 Jahren“, da in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten das Abitur nach 13 Jahren abgelegt wurde. Die Mittel kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>	2014		2013	von	4.858.500 Euro	4.858.500 Euro	um	150.600 Euro		auf	4.707.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	4.858.500 Euro	4.858.500 Euro																							
um	150.600 Euro																								
auf	4.707.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam TG 82 Schulentwicklungsfonds Friedensarbeit an Schulen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2014 von 813.800 Euro um 25.000 Euro auf 788.800 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Diskurse sind für das Erwachsenwerden von besonderer Bedeutung. Daher ist das Engagement der Friedensbewegungen – bei Diskussionen oder Vorträgen – zu begrüßen. Auch gilt es in der Politischen Bildung den Beutelsbacher Konsens zu beachten. Allerdings verweigert die Landesregierung trotz einzelner Negativbeispiele spezifische Vorgaben, die denjenigen für die Bundeswehr entsprechen. Auch kann das Land aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht jedwedes Engagement, so begrüßenswert es auch ist, umfänglich finanziell unterstützen. Der Ansatz wird abgesetzt, die Mittel kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 05 340 Öffentliche Gymnasien Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Einrichtung von 255 Stellen der Besoldungsgruppe A13 und 258 Stellen der Besoldungsstelle A14</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2014</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.562.017.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.545.799.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.650.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.587.667.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnet sich eine Chance, die Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Über die von Rot-Grün geplanten Maßnahmen hinaus soll den Gymnasien durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. Die insgesamt 627 Stellen sollen von den Schulen eigenverantwortlich z.B. zur Stärkung der individuellen Förderung genutzt werden können.</p>		2014	2013	von	1.562.017.800 Euro	1.545.799.400 Euro	um	25.650.000 Euro		auf	1.587.667.800 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2014	2013																							
von	1.562.017.800 Euro	1.545.799.400 Euro																							
um	25.650.000 Euro																								
auf	1.587.667.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personal- und Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen TG 60 Modellversuch "Längeres gemeinsames Lernen/ Öffentliche Gemeinschaftsschule"</p> <p>Titel 422 60 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">15.933.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.203.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.930.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">13.003.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Gemeinschaftsschulen erhalten umfängliche Privilegien. Hierzu zählen u.a. ein Versuchszuschlag (6 Stellen), Stellen für einen Differenzierungszuschlag oder auch 2.500 € pro Schule für zusätzliche Fortbildung. Auch sind die Klassenfrequenzrichtwerte mit 24 niedriger als an Sekundarschulen mit 25, noch deutlicher im Vergleich zu Realschulen mit 28, aus denen die Schulen z.B. hervorgegangen sind. An Realschulen beträgt die Unterrichtsverpflichtung 28 Stunden, hier jedoch nur 25,5 Stunden (33 Stellen). Da der Richtwert nur auf die Höhe der Sekundarschulen (14 Stellen) angehoben wird, kann auch der Differenzierungszuschlag (5 Stellen) entfallen. Die Stellen werden jeweils anteilig mit 50.000 € valuiert, die zusätzlichen Fortbildungsmittel ergeben für 12 Schulen 30.000 Euro.</p>	2014		2013	von	15.933.900 Euro	11.203.000 Euro	um	2.930.000 Euro		auf	13.003.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	15.933.900 Euro	11.203.000 Euro																							
um	2.930.000 Euro																								
auf	13.003.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personal- und Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen TG 61 Modellversuch "Primus"</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.504.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">258.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.504.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Modellversuch „Primus“ stellt einen weiteren Weg zur leistungslosen Einheitsschule dar. Hier wird von Klasse 1 bis 10 vollintegriert, weitgehend ohne Noten und jahrgangsübergreifend sowie ohne Versetzung unterrichtet. Gleichzeitig werden die Schulen mit den entsprechenden rot-grünen Privilegien ausgestattet. Aus Fairnessgründen gegenüber anderen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern werden diese Privilegien gestrichen.</p>	2014		2013	von	1.504.800 Euro	258.500 Euro	um	1.504.800 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	1.504.800 Euro	258.500 Euro																							
um	1.504.800 Euro																								
auf	0 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 05 490 Ersatzschulen Titel 684 11 Zuschüsse für private Gymnasien</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">598.847.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">572.812.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">604.547.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnet sich eine Chance, die Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Über die von Rot-Grün geplanten Maßnahmen hinaus soll den Gymnasien durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. Die insgesamt 627 Stellen sollen von den Schulen eigenverantwortlich z.B. zur Stärkung der individuellen Förderung genutzt werden können.</p>	2014		2013	von	598.847.300 Euro	572.812.600 Euro	um	5.700.000 Euro		auf	604.547.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	598.847.300 Euro	572.812.600 Euro																							
um	5.700.000 Euro																								
auf	604.547.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 06 026 Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>TG 61 Förderung von Innovationen</p> <p>Titel 683 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.086.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.086.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6.991.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">12.077.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Innovationspotenziale von KMU in NRW müssen besser ausgeschöpft werden. Um diese weiter zu stärken, bedarf es einer zielgerichteten Innovationsförderung, die FuE-Bestrebungen und -Aktivitäten der KMU verstetigt, ausbaut, Anreize setzt und den Wissenstransfer verbessert.</p> <p>Mit der Erhöhung soll die Entstehung von Innovationen u. a. durch die Instrumente der Innovationsgutscheine, -darlehen und -assistenten bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in NRW gefördert, KMU bei ihren Forschungsbestrebungen unterstützt werden. Die Erhöhung des</p>	2014		2013	von	5.086.200 Euro	5.086.200 Euro	um	6.991.000 Euro		auf	12.077.200 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	5.086.200 Euro	5.086.200 Euro																							
um	6.991.000 Euro																								
auf	12.077.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

		Ansatzes kann durch eine Reduktion bei „Fortschritt NRW“ kompensiert werden.	
--	--	--	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personal- und Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
	SPD Grüne	<p>Neue Titelgruppe!</p> <p>Kapitel</p> <p>06 030</p> <p>Titelgruppe 61 Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek für Medizin"</p> <p>1. Die Besetzung von Planstellen, die am 1. Januar des Haushaltsjahres frei sind oder im Laufe des Haushaltsjahres frei werden, ist nicht zulässig (Stellenbesetzungssperre). Das Finanzministerium kann hiervon Ausnahmen zulassen.</p> <p>2. Die Ausgaben der Titel 686 61 und 892 61 sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>3. Die Mittel der Titel 686 61 und 892 61 dürfen bis zur Höhe von 20 % des Zuschussbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden (15 Abs. 2 LHO).</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																								
		<p data-bbox="432 379 1655 440">422 61 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p data-bbox="703 517 770 542">2014</p> <p data-bbox="1263 517 1518 542">Ansatz lt. HH 2013</p> <p data-bbox="432 651 1491 746"> von 0 Euro 0 Euro um 0 Euro auf 0 Euro </p> <p data-bbox="967 820 1124 845">Planstellen</p> <table data-bbox="432 852 1599 1362"> <thead> <tr> <th data-bbox="432 852 501 877">2014</th> <th data-bbox="618 852 685 877">2013</th> <th data-bbox="900 922 1164 983"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="432 957 456 983">1</td> <td data-bbox="618 957 636 983">-</td> <td data-bbox="900 922 1164 983">Bes.Gr. A 16 Leitender/Leitende</td> </tr> <tr> <td colspan="3" data-bbox="432 989 999 1015">Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin</td> </tr> <tr> <td data-bbox="432 1059 456 1085">2</td> <td data-bbox="618 1059 636 1085">-</td> <td data-bbox="900 1027 1469 1088">Bes.Gr. A 15 Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin</td> </tr> <tr> <td data-bbox="432 1129 456 1155">3</td> <td data-bbox="618 1129 636 1155">-</td> <td data-bbox="900 1091 1456 1152">Bes.Gr. A 14 Oberbibliotheksrat/Oberbibliotheksrätin</td> </tr> <tr> <td data-bbox="432 1197 456 1222">1</td> <td data-bbox="618 1197 636 1222">-</td> <td data-bbox="900 1158 1330 1219">Bes.Gr. A 13 Bibliotheksrat/Bibliotheksrätin</td> </tr> <tr> <td data-bbox="432 1295 456 1321">1</td> <td data-bbox="618 1295 636 1321">-</td> <td data-bbox="900 1264 1599 1324">Bes.Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin</td> </tr> <tr> <td data-bbox="432 1331 456 1356"><u>1</u></td> <td data-bbox="618 1331 636 1356">-</td> <td data-bbox="900 1331 1599 1356">Bibliotheksoberamtsrat/Bibliotheksoberamtsrätin</td> </tr> </tbody> </table>	2014	2013		1	-	Bes.Gr. A 16 Leitender/Leitende	Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin			2	-	Bes.Gr. A 15 Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin	3	-	Bes.Gr. A 14 Oberbibliotheksrat/Oberbibliotheksrätin	1	-	Bes.Gr. A 13 Bibliotheksrat/Bibliotheksrätin	1	-	Bes.Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin	<u>1</u>	-	Bibliotheksoberamtsrat/Bibliotheksoberamtsrätin	
2014	2013																										
1	-	Bes.Gr. A 16 Leitender/Leitende																									
Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin																											
2	-	Bes.Gr. A 15 Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin																									
3	-	Bes.Gr. A 14 Oberbibliotheksrat/Oberbibliotheksrätin																									
1	-	Bes.Gr. A 13 Bibliotheksrat/Bibliotheksrätin																									
1	-	Bes.Gr. A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin																									
<u>1</u>	-	Bibliotheksoberamtsrat/Bibliotheksoberamtsrätin																									

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>2 - Stellen</p> <p>4 - Bes.Gr. A 12</p> <p>6 - Bibliotheksamtsrat/Bibliotheksamtsrätin</p> <p>6 - Bes.Gr. A 11</p> <p>6 - Bibliotheksamtmann/Bibliotheksamtfrau</p> <p>6 - Bes.Gr. A 10</p> <p>1 - Bibliotheksoberinspektor/Bibliotheksoberinspektorin</p> <p>1 - Bes.Gr. A 9</p> <p>2 - Bibliotheksamtinspektor/Bibliotheksamtinspektorin</p> <p>2 - Bes.Gr. A 8</p> <p>2 - Bibliothekshauptsekretär/Bibliothekshauptsekretärin</p> <hr/> <p>28 - Planstellen</p> <p>davon</p> <p>- Dienstwohnungsinhaber</p> <p>Gliederung nach Laufbahngruppen</p> <p>7 - Höherer Dienst</p> <p>18 - Gehobener Dienst</p> <p>3 - Mittlerer Dienst</p> <p>- - Einfacher Dienst</p> <p>Leerstellen</p> <p>Bes.Gr. A 7</p> <p>1 - Bibliotheksoberssekretär/Bibliotheksoberssekretärin</p> <hr/> <p>1 - Leerstellen</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																																																																				
		<p>Zu Titel 422 01:</p> <p>Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen</p> <table border="0" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left; width: 30%;">Bes.Gr.</th> <th style="text-align: left; width: 40%;">Erläuterungen</th> <th style="text-align: right; width: 15%;">Zugang</th> <th style="width: 15%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: left;">Abgang</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>A 16 bis A 8</td> <td>Umsetzung aus Kapitel 06 072</td> <td style="text-align: right;">28</td> <td style="text-align: right;">-</td> </tr> <tr> <td colspan="2"><hr/></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Zusammen</td> <td></td> <td style="text-align: right;">28</td> <td style="text-align: right;">-</td> </tr> <tr> <td colspan="4"> </td> </tr> <tr> <td>Leerstellen</td> <td>Erziehungsurlaub/Elternzeit</td> <td></td> <td>2014</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">2013</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Planmäßige Beamtinnen und Beamte</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>A 7 m. D.</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td></td> <td style="text-align: center;">1</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">-</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"><hr/></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Zusammen</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td></td> <td style="text-align: center;">1</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">-</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="4"> </td> </tr> <tr> <td colspan="4"><u>Begründung:</u></td> </tr> <tr> <td colspan="4">Die Deutsche Zentralbibliothek für Medizin - Zentrale Medizinische Fachbibliothek für die Bundesrepublik Deutschland – soll durch Gesetz (2. Lesung des Plenums am 18./19.12.2013) mit Wirkung vom 01.01.2014 in die Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek für Medizin" überführt werden. Die Veranschlagung muss auf Grund dieses Übergangs von eine</td> </tr> </tbody> </table>	Bes.Gr.	Erläuterungen	Zugang		Abgang				A 16 bis A 8	Umsetzung aus Kapitel 06 072	28	-	<hr/>				Zusammen		28	-	 				Leerstellen	Erziehungsurlaub/Elternzeit		2014	2013				Planmäßige Beamtinnen und Beamte				A 7 m. D.	1		1	-				<hr/>				Zusammen	1		1	-				 				<u>Begründung:</u>				Die Deutsche Zentralbibliothek für Medizin - Zentrale Medizinische Fachbibliothek für die Bundesrepublik Deutschland – soll durch Gesetz (2. Lesung des Plenums am 18./19.12.2013) mit Wirkung vom 01.01.2014 in die Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek für Medizin" überführt werden. Die Veranschlagung muss auf Grund dieses Übergangs von eine				
Bes.Gr.	Erläuterungen	Zugang																																																																					
Abgang																																																																							
A 16 bis A 8	Umsetzung aus Kapitel 06 072	28	-																																																																				
<hr/>																																																																							
Zusammen		28	-																																																																				
Leerstellen	Erziehungsurlaub/Elternzeit		2014																																																																				
2013																																																																							
Planmäßige Beamtinnen und Beamte																																																																							
A 7 m. D.	1		1																																																																				
-																																																																							
<hr/>																																																																							
Zusammen	1		1																																																																				
-																																																																							
<u>Begründung:</u>																																																																							
Die Deutsche Zentralbibliothek für Medizin - Zentrale Medizinische Fachbibliothek für die Bundesrepublik Deutschland – soll durch Gesetz (2. Lesung des Plenums am 18./19.12.2013) mit Wirkung vom 01.01.2014 in die Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek für Medizin" überführt werden. Die Veranschlagung muss auf Grund dieses Übergangs von eine																																																																							

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		Landeseinrichtung zu einer Stiftung (Zuwendungsempfängerin) angepasst werden. Deckung aus Kapitel 06 072. Die Veranschlagung erfolgt kostenneutral.	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personal- und Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																																					
	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 072 Deutsche Zentralbibliothek für Medizin Hauptgruppen (HG) 1-9 Reduzierung der Ansätze!</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 40%; text-align: center;">2014</th> <th style="width: 40%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2013</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>HG 1-2</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.025.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.225.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.025.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>HG 4-9</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">13.053.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">12.527.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">13.053.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Streichung der Haushaltsvermerke zum Kapitel, zu den Personalausgaben und zu den Titeln.</p> <p>Wegfall von 53 Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie 3 Stellen für Auszubildende.</p> <p><u>Umsetzung von 28 Planstellen und einer Leerstelle nach Kapitel 06 030 TG 61 (neue TG).</u></p>		2014	Ansatz lt. HH 2013	HG 1-2			von	1.025.500 Euro	1.225.500 Euro	um	1.025.500 Euro		auf	0 Euro		HG 4-9			von	13.053.300 Euro	12.527.600 Euro	um	13.053.300 Euro		auf	0 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tbody> <tr> <td style="width: 80%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </tbody> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2014	Ansatz lt. HH 2013																																						
HG 1-2																																								
von	1.025.500 Euro	1.225.500 Euro																																						
um	1.025.500 Euro																																							
auf	0 Euro																																							
HG 4-9																																								
von	13.053.300 Euro	12.527.600 Euro																																						
um	13.053.300 Euro																																							
auf	0 Euro																																							
SPD	ja																																							
CDU	ja																																							
GRÜNE	ja																																							
FDP	ja																																							
PIRATEN	ja																																							

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Deutsche Zentralbibliothek für Medizin - Zentrale Medizinische Fachbibliothek für die Bundesrepublik Deutschland – soll durch Gesetz (2. Lesung des Plenums am 18./19.12.2013) mit Wirkung vom 01.01.2014 in die Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek für Medizin“ überführt werden. Die Veranschlagung im Einzelplan 06 muss auf Grund dieses Übergangs von einer Landeseinrichtung zu einer Stiftung (Zuwendungsempfängerin) angepasst werden.</p> <p>Die dort beschäftigten Beamtinnen und Beamte bleiben weiterhin Landesbeamtinnen/-beamte, so dass die Planstellen nach Kapitel 06 030 TG 61 umgesetzt werden müssen. Die Tarifbeschäftigten und Auszubildenden werden Beschäftigte der Stiftung und die Stellen fallen im Landeshaushalt weg.</p> <p>Deckung für die neu einzurichtende Titelgruppe 61 in Kapitel 06 030. Die Änderung der Veranschlagung erfolgt kostenneutral.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein Titelgruppe 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Lehr- und Studienqualität an den Hochschulen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 60%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 249.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">249.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 249.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Verzicht auf Studienbeiträge, die ohnehin nur einen Bruchteil der Kosten eines Studiums ausgemacht haben, wird von der rot-grünen Landesregierung ausschließlich mit höheren Schulden bezahlt und überdies nicht umfassend kompensiert, was schon jetzt zu Qualitätseinbußen an den Hochschulen führt, da die Summe der „Kompensationsmittel“ statisch 249 Millionen Euro beträgt – eine Anpassung an den neuen Rekordstand der Studierendenzahlen erfolgt nicht.</p> <p>Im Basisjahr der „Kompensationsmittel“ (Wintersemester 2009/2010) studierten rund 398.000 junge Menschen an den Hochschulen, die</p>	2014		2013	von 249.000.000 Euro		249.000.000 Euro	um 249.000.000 Euro			auf 0 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von 249.000.000 Euro		249.000.000 Euro																							
um 249.000.000 Euro																									
auf 0 Euro																									
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

		<p>Studienbeiträge erhoben. Im Wintersemester 2012/2013 studierten an den Hochschulen, die seit 2011 im Zuge des Wegfalls der Studienbeiträge „Kompensationsmittel“ erhalten, bereits 550.000 Studierende. Das führt zu folgender prekären Entwicklung: Pro Kopf sind die Mittel, die zur Verbesserung der Studienbedingungen vorgesehen waren, von 606 Euro nunmehr auf 487 Euro pro Jahr stark gesunken. Von 31 Hochschulen, die bis zum Wegfall der Studienbeiträge Beiträge erhoben haben, stehen 27 Hochschulen pro Studierenden 20 bis 45 Prozent erheblich weniger Mittel für die Verbesserungen der Studienbedingungen pro Jahr zur Verfügung.</p> <p>Aufgrund des Studierendenanstiegs wird diese Finanzierungslücke von Jahr zu Jahr größer. So ist die Studienanfängerzahl im Wintersemester 2013/2014 im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozent auf 110.000 gestiegen. Die derzeit absehbaren Qualitätseinbußen werden sich daher weiter verfestigen und die Planungssicherheit für die Hochschulen wird weiter abnehmen. Das ist nicht hinnehmbar.</p> <p>Wenn das akademische Niveau unserer Hochschulen daher erhalten und verbessert werden soll, müssen in Zeiten begrenzter Haushaltsmittel auch Hochschulabsolventen einen verantwortungsvollen finanziellen Beitrag leisten. Diese Studienbeiträge sollen künftig nachgelagert einkommensabhängig mit Eintritt ins Berufsleben fällig werden. Das ist fair, auch gegenüber dem Handwerksmeister, der für seine Ausbildung selbst aufkommen muss. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Beiträge den Hochschulen als zusätzliche Mittel ausschließlich für die Verbesserung der Bedingungen von Studium und Lehre zur Verfügung gestellt werden, und damit unmittelbar den Studierenden zugutekommen sowie die Studierenden bei der Mittelverwendung ein Mitspracherecht haben.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
	FDP	<p>Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein TG 75 Fortschritt NRW</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">15.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Ansatz wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert. Der Ansatz aus dem Jahr 2013 wird übernommen, da bereits begonnenen Projekten nicht die Möglichkeit genommen werden soll, zum Abschluss gebracht zu werden. Langfristig ist die gesamte Titelgruppe zu konsolidieren.</p>	2014		2013	von	20.000.000 Euro	10.000.000 Euro	um	10.000.000 Euro		auf	10.000.000 Euro		2014		2013	von	20.000.000 Euro	15.000.000 Euro	um	20.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																																			
von	20.000.000 Euro	10.000.000 Euro																																			
um	10.000.000 Euro																																				
auf	10.000.000 Euro																																				
2014		2013																																			
von	20.000.000 Euro	15.000.000 Euro																																			
um	20.000.000 Euro																																				
auf	0 Euro																																				
SPD	nein																																				
CDU	ja																																				
GRÜNE	nein																																				
FDP	ja																																				
PIRATEN	nein																																				

		<p>Kooperationsmodell teilnehmenden angehenden Mediziner sollten dabei so viele Ausbildungsabschnitte wie möglich in OWL – bspw. an den regionalen Kliniken – absolvieren können (Lebensmittelpunkt in OWL und nicht in Bochum). Perspektivisch sollte das Land die Errichtung einer medizinischen Fakultät OWL anstreben.</p> <p>Um die Verbindlichkeit der Kooperation zwischen den Universitäten Bochum und Bielefeld sowie der Gesundheitsregion OWL verbindlicher auszugestalten und zu verstetigen, ist es von Nöten, die Mittel zu erhöhen und im Sinne der Planungssicherheit eine Verpflichtungsermächtigung auszubringen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 06 540 Hochschule für Musik Köln Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 23.443.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">22.710.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 130.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 23.573.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die zeitgenössische Tanzausbildung, insbesondere der innovative Bereich der Tanzvermittlung, sollen auch weiterhin zentraler Bestandteil der Hochschule für Musik und Tanz (HfMT) Köln bleiben. Die Ausbildung von Tänzern, Choreographen, Tanzpädagogen und Tanzwissenschaftlern am Zentrum für Zeitgenössischen Tanz (ZZT) an der HfMT Köln muss hinreichend ausgestattet und zukunftsfähig bleiben. Als jüngerer Fachbereich der Hochschule droht die Tanzvermittlung, durch aktuelle Einsparungen eingestellt zu werden. Dies soll mit der Erhöhung des Baransatzes vermieden werden. NRW darf seine bisherige Vorreiterrolle im Bereich der Tanzvermittlung nicht verlieren.</p>	2014	2013	von 23.443.300 Euro	22.710.200 Euro	um 130.000 Euro		auf 23.573.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 23.443.300 Euro	22.710.200 Euro																				
um 130.000 Euro																					
auf 23.573.300 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 010 Ministerium Titel 526 01 Sachverständige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 436.400 Euro</td> <td>436.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 129.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 307.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Anpassung an das Ist-Ergebnis des Vorjahres. Die reduzierten Mittel für Sachverständige sind ausreichend. Die Einsparung dient der Haushaltskonsolidierung.</p>	2014	2013	Von 436.400 Euro	436.400 Euro	um 129.400 Euro		auf 307.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2014	2013																				
Von 436.400 Euro	436.400 Euro																				
um 129.400 Euro																					
auf 307.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion der FDP	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 07 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 972 00 Globale Minderausgabe zum anteiligen Ausgleich des Haushaltsplan</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">-36.312.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">-35.192.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-37.312.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Erhöhung der globalen Minderausgabe dient zur Gegenfinanzierung von Kapitel 07 060, Titel 686 70. Die globale Minderausgabe kann in nachfolgenden Haushaltstiteln im Kapitel 07 010 durch Herabsenkung auf das Niveau der Haushaltsansätze des Jahres 2012 erwirtschaftet werden: 511 01, 519 09, 526 01, 541 10, 538 91, 812 91.</p>	2014		2013	von	-36.312.500 Euro	-35.192.500 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	-37.312.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	-36.312.500 Euro	-35.192.500 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	-37.312.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 90 Pauschalen nach § 21 Abs. 1 und Abs. 3 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks Nr. 3: Rückflüsse, auch aus früheren Haushaltsjahren, fließen der Titelgruppe 99 Titel 119 99 zu.</p> <p>Begründung:</p> <p>Laut Aussagen der Landesregierung fließen im Haushaltsjahr 2014 mindestens 7,9 Mio. Euro aus GTK-Rücklagen zurück in die Landeskasse (Drucksache 16/4363). Diese sollen hiermit etatisiert und gezielt für den weiter dringend notwendigen U3-Ausbau (siehe Änderungsantrag zur Titelgruppe 99) genutzt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. GRÜNE nein FDP ja PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe TG 98 Kostenerstattung Elternbeitragsfreiheit Titel 633 98 Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 152.131.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">148.241.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 152.131.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Zwar ist die Beitragsfreiheit von Kindergartenjahren wünschenswert und grundsätzlich auch als mittelfristiges Ziel erstrebenswert, jedoch ist es im höchsten Maße unverantwortlich, die Frage der Gegenfinanzierung komplett auszublenden. In Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume ist eine politische Priorisierung wünschenswerter Vorhaben notwendig. Insofern muss sich das Land zuerst dem weiter dringend erforderlichen Angebots- und Qualitätsausbau in der frühkindlichen Bildung sowie der Elternbeitragsgerechtigkeit widmen und kann erst dann unter Berücksichtigung des Aspekts der Gegenfinanzierung eine Beitragsfreiheit in Angriff nehmen.</p>	2014	2013	von 152.131.900 Euro	148.241.200 Euro	um 152.131.900 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 152.131.900 Euro	148.241.200 Euro																				
um 152.131.900 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

		<p>Hinzu kommt, dass die erfolgte Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung keinen nennenswerten bildungspolitischen Vorteil bzw. Anreizsetzung nach sich zieht, da in diesem Kindergartenjahr ohnehin weit über 90 Prozent aller Kinder die frühkindlichen Bildungsangebote nutzen. Zudem benachteiligt die derzeitige Regelung Eltern von sogenannten „Kann-Kindern“ in nicht zu rechtfertigender Weise und leistet keinen Beitrag zur Erhöhung der Qualität in den Einrichtungen selbst.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 99 Ausbau und Qualifizierung für frühkindliche Bildung Titel 883 99 Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen für Plätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege</p> <p style="text-align: right;">2013</p> <p>2014 von 0 Euro 90.000.000 Euro um 7.900.000 Euro auf 7.900.000 Euro</p> <p>Haushaltsvermerk Nr. 5: Für weiteren Ausbaubedarf und Härtefälle sind die Mittel auch für das Haushaltsjahr 2014 abrufbar.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen ist noch lange nicht abgeschlossen. Noch immer kann in vielen Kommunen nicht von einer bedarfsgerechten Deckung der Elternnachfrage gesprochen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht gelebt werden.</p> <p>Damit das Land die Kommunen wie bisher neben dem Belastungsausgleich (Kapitel 07 040, Titel 633 10) bei den U3-Ausbau-Investitionen unterstützen kann, ist daher notwendig, auch weitere nicht</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. GRÜNE nein FDP ja PIRATEN ja</p>

		<p>mit Maßnahmen belegte Landesmittel zur Verfügung zu stellen und auszuweisen. Die Mittel sollen insbesondere den Kommunen zu Gute kommen, in denen noch immer großer Ausbaubedarf herrscht (Härtefälle).</p> <p>Die Bereitstellung dieser Mittel kann durch Einnahmen aus den GTK-Rücklagen kompensiert werden.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 99 Ausbau und Qualifizierung für frühkindliche Bildung</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels</p> <p>Titel 119 99 – Einnahmen aus Rückerstattungen – mit Einnahmen von 7.900.000 Euro</p> <p>Und eines Haushaltsvermerks: Siehe Haushaltsvermerk Nr. 3 bei TG 90</p> <p>Begründung:</p> <p>Laut Aussagen der Landesregierung fließen im Haushaltsjahr 2014 mindestens 7,9 Mio. Euro aus GTK-Rücklagen zurück in die Landeskasse (Drucksache 16/4363). Diese sollen hiermit etatisiert und gezielt für den weiter dringend notwendigen U3-Ausbau genutzt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. GRÜNE nein FDP ja PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titel 539 40 Kultureller Ehrenamtspreises</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">60.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 120.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der kulturelle Ehrenamtspreis würdigt Privatengagement im kulturellen Bereich. Die Streichung sowie die Kürzung aus dem Vorjahr sind rückgängig zu machen.</p>	2014	2013	Von 0 Euro	60.000 Euro	um 120.000 Euro		auf 120.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2014	2013																				
Von 0 Euro	60.000 Euro																				
um 120.000 Euro																					
auf 120.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titel 633 60 Musikpflege und Musikerziehung Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 10.022.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.652.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.244.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 6.778.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die musikalische Grundbildung im Grundschulbereich ist Aufgabe der Grundschulen. Kulturfördermittel dürfen nicht zur Querfinanzierung des Schulhaushaltes zweckentfremdet werden.</p>	2014	2013	Von 10.022.600 Euro	8.652.000 Euro	um 3.244.100 Euro		auf 6.778.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
Von 10.022.600 Euro	8.652.000 Euro																				
um 3.244.100 Euro																					
auf 6.778.500 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titel 633 62 Theaterförderung in Gemeinden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 20.221.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.221.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 21.221.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Unterstützung der Kommunen bei der Theaterförderung muss verstärkt werden. Kompensation der Kürzung aus dem Vorjahr.</p>	2014	2013	Von 20.221.900 Euro	20.221.900 Euro	um 1.000.000 Euro		auf 21.221.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2014	2013																				
Von 20.221.900 Euro	20.221.900 Euro																				
um 1.000.000 Euro																					
auf 21.221.900 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titel 633 65 Kulturgüter in Gemeinden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 1.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.140.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.640.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Unterstützung der Kommunen beim Erhalt von Kulturgütern muss verstärkt werden. Rücknahme der Kürzung aus dem Vorjahr.</p>	2014	2013	Von 1.500.000 Euro	1.500.000 Euro	um 1.140.000 Euro		auf 2.640.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2014	2013																				
Von 1.500.000 Euro	1.500.000 Euro																				
um 1.140.000 Euro																					
auf 2.640.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titel 633 74 Kultur- und Kreativwirtschaft in Gemeinden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 800.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">800.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Unterstützung der Kommunen bei der Förderung von Kultur- und Kreativwirtschaft muss verstärkt werden. Rücknahme der Kürzung aus dem Vorjahr.</p>	2014	2013	Von 800.000 Euro	800.000 Euro	um 200.000 Euro		auf 1.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2014	2013																				
Von 800.000 Euro	800.000 Euro																				
um 200.000 Euro																					
auf 1.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titel 685 60 Musikpflege und Musikerziehung Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 20.269.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">21.627.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.244.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 23.513.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Verstärkung der musikalisch-kulturellen Bildung durch Ausweitung des Programms "Jedem Kind ein Instrument".</p>	2014	2013	Von 20.269.600 Euro	21.627.500 Euro	um 3.244.100 Euro		auf 23.513.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2014	2013																				
Von 20.269.600 Euro	21.627.500 Euro																				
um 3.244.100 Euro																					
auf 23.513.700 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion der FDP	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 07 060 Förderung des Sports Titel 686 70 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">33.105.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">33.105.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">34.105.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der Zuschuss für die Übungsarbeit in den Sportvereinen ist mit 6,9256 Mio. € seit Jahren unverändert. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an Übungsleiter. Deshalb wird der Zuschuss für die Übungsleiterpauschale um 1 Mio. € auf 7,9256 Mio. € erhöht. Es handelt sich um eine Wertschätzung zur Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements der Übungsleiter.</p>	2014		2013	von	33.105.900 Euro	33.105.900 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	34.105.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2014		2013																							
von	33.105.900 Euro	33.105.900 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	34.105.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 60 Sozialticket</p> <p>Titel 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 30.000.000 Euro</td> <td>30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Sozialticket ist eine freiwillige Sozialleistung der Kommunen zur Verbesserung der örtlichen Mobilität einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger. Das Land hat weder die Aufgabe noch die finanziellen Möglichkeiten, das Sozialticket aus Haushaltsmitteln zu unterstützen. Die hier eingesparten konsumtiven Ausgaben werden in den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert und zum Abbau der Nettokreditaufnahme des Landes verwendet.</p>	2014	2013	von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 62 Investitionszuschüsse für nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen</p> <p>Titel 891 62 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) haben eine große verkehrs- und strukturpolitische Bedeutung für Nordrhein-Westfalen. Nachdem die damalige schwarz-gelbe Landesregierung den Ausbau der Infrastruktur der NE-Bahnen im Haushalt 2010 erstmals seit Jahren wieder mit Landesmitteln gefördert hat, hat Rot-Grün die Förderung inzwischen eingestellt. Um die NE-Bahnen bei kleineren und Erhaltungsmaßnahmen zu unterstützen, muss auch das Land wieder Investitionszuschüsse gewähren.</p>	2014			2013	von	0	Euro	0 Euro	um	3.000.000	Euro		auf	3.000.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014			2013																										
von	0	Euro	0 Euro																										
um	3.000.000	Euro																											
auf	3.000.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</p> <p>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>von 42.000.000 Euro</td> <td>44.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 62.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für Mobilität, Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Dennoch bleiben die Investitionen in das Landesstraßennetz seit vielen Jahren hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Die von der rot-grünen Landesregierung vorgenommenen weiteren Kürzungen führen dazu, dass dringend notwendige Maßnahmen im Bereich des Landesstraßenbaus, die ein hohes volkswirtschaftliches Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen und deren Bedarf im Landesstraßenbedarfsplan gesetzlich festgelegt wurde, nicht realisiert werden können. So ist im Landesstraßenbauprogramm 2014 keine einzige neue Maßnahme mehr vorgesehen. Um die damit einhergehende Schwächung des Wirtschaftsstandorts NRW abzuwenden, müssen die Mittel für das Landesstraßenbauprogramm dringend wieder erhöht werden.</p>	2014	2013	von 42.000.000 Euro	44.000.000 Euro	um 20.000.000 Euro		auf 62.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
von 42.000.000 Euro	44.000.000 Euro																				
um 20.000.000 Euro																					
auf 62.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 09 510 Denkmalpflege Titel 633 10 Bodendenkmalpflege</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 1.098.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.098.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Rücknahme der Umschichtung aus Titelgruppe 60 zur Stärkung der Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen</p>	2014	2013	Von 1.098.000 Euro	0 Euro	um 1.098.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2014	2013																				
Von 1.098.000 Euro	0 Euro																				
um 1.098.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 9
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
	PIRATEN	<p>Kapitel 09 510 Titel 883 60 Titelbezeichnung Zuweisungen zur Förderung bau- und bodendenkmalpflegerischer Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von 951.000 Euro um 6.076.000 Euro auf 7.027.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Umstellung der Denkmalförderung von Zuschüssen auf Darlehen wird im HH-Entwurf 2014 in erhebliche Sparmaßnahmen übersetzt, so dass es letztlich nicht einfach um eine kostenneutrale Umstellung, sondern um eine Maßnahme der HH-Sanierung geht, die abgelehnt wird. Solange die Landesregierung kein Konzept der umfassenden Denkmalförderung auf der Grundlage eines angezeigten Denkmalschutzes vorlegt, sollen die HH-Ansätze des letzten HH-Jahres fortgeführt werden. Sollte es der Landesregierung gelingen, plausible Argumente für eine qualitative und quantitative Aufrechterhaltung des gegebenen Niveaus des Denkmalschutzes auch nach Umstellung auf Darlehensfinanzierung, kann dieser Punkt erneut aufgerufen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. GRÜNE nein FDP Enth. PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 9
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion	Antrag	Abstimmungsergebnis
	PIRATEN	<p>Kapitel 09 510 Titel 893 60 Titelbezeichnung Zuschüsse zur Förderung privater und kirchlicher denkmalpflegerischer Maßnahmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von 1.949.000 Euro um 5.078.000 Euro auf 7.027.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Umstellung der Denkmalförderung von Zuschüssen auf Darlehen wird im Haushaltsentwurf 2014 in erhebliche Sparmaßnahmen übersetzt, so dass es letztlich nicht einfach um eine kostenneutrale Umstellung, sondern allein um eine Maßnahme der Haushaltssanierung geht. Solange die Landesregierung kein Konzept der umfassenden Denkmalförderung auf der Grundlage eines angezeigten Denkmalschutzes vorlegt, müssen die Haushaltsansätze des letzten Haushaltsjahres fortgeführt werden. Sollten plausible Argumente für eine qualitative und quantitative Aufrechterhaltung des gegebenen Niveaus des Denkmalschutzes auch nach Umstellung auf Darlehensfinanzierung dargelegt werden können, so kann dieser Punkt in einen zukünftigen Haushalt aufgenommen werden. Der vorliegende Änderungsantrag basiert auf dem von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten und im zuständigen Ausschuss mehrheitlich angenommenen Änderungsantrag.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. GRÜNE nein FDP Enth. PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 09 510 Denkmalpflege Titelgruppe 60 Zuschüsse und Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes (DSchG)</p> <p>Zuschüsse zur Förderung der Denkmalpflege an Gemeinden, Gemeindeverbände, Kirchen und Private</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 1.722.000 Euro</td> <td>9.353.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 7.631.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 9.353.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Kürzung der Denkmalpflegeförderung bringt die Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen faktisch zum Erliegen. Die Kürzung wird daher rückgängig gemacht.</p>	2014	2013	Von 1.722.000 Euro	9.353.000 Euro	um 7.631.000 Euro		auf 9.353.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2014	2013																				
Von 1.722.000 Euro	9.353.000 Euro																				
um 7.631.000 Euro																					
auf 9.353.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																																		
	FDP	<p>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 685 62 Zuschüsse an die Rennvereine</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 15%;">2014</td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td>900.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.150.200</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.150.200</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Gleichzeitig werden die Ansätze der übrigen Destinatäre um 1,355% gesenkt (insgesamt 1.150.200 Euro).</p> <p>Begründung: Als einziger der 15 Destinatäre wurden die Rennvereine im Jahr 2013 aus dem Kreis der durch die Glücksspieleinnahmen Begünstigten ausgeschlossen. Insgesamt standen den Rennvereinen in den letzten Jahren 1,355% dieser Einnahmen zu. Um dennoch den Konsolidierungsbeitrag erbringen zu können, werden die Zuschüsse an alle 15 Destinatäre um 1,355% gekürzt. Die Lasten der notwendigen Haushaltskonsolidierung werden dadurch in einem für alle Destinatäre tragbaren Umfang verteilt. Die Erläuterungen im Einzelplan 20 sind dementsprechend anzupassen.</p>		2014									von	0	Euro		900.000	Euro					um	1.150.200	Euro								auf	1.150.200	Euro								<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2014																																																				
von	0	Euro		900.000	Euro																																																
um	1.150.200	Euro																																																			
auf	1.150.200	Euro																																																			
SPD	nein																																																				
CDU	Enth.																																																				
GRÜNE	nein																																																				
FDP	ja																																																				
PIRATEN	nein																																																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 972 00 Globale Minderausgaben im Einzelplan 10</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2014</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Seit dem Jahr 2010 ist der Einzelplan 10 um 140 Mio. € gewachsen. Pauschal sind in einem ersten Schritt 35% dieses Aufwuchses einzusparen. Es werden Steuergelder entgegen der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beispielsweise für das 100-Kantinen-Programm, die Stiftung Umwelt und Entwicklung sowie für Informationsveranstaltungen des ökologischen Landbaus unnötig eingesetzt.</p>	2014	2013	Von 0 Euro	0 Euro	um 50.000.000 Euro		auf -50.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014	2013																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf -50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung Titel 686 10 Zuschuss an die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH, Bottrop (G.I.B.)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 25%;">2014</td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%; text-align: right;">2013</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von 1.149.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.149.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um 300.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 849.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist es notwendig, die Mittel in diesem Aufgabenbereich zu reduzieren.</p>	2014		2013		von 1.149.000	Euro	1.149.000	Euro	um 300.000	Euro			auf 849.000	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																											
von 1.149.000	Euro	1.149.000	Euro																										
um 300.000	Euro																												
auf 849.000	Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung Titel 686 20 Zuschuss an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund – Landesbezirk Nordrhein-Westfalen-e.V. Dortmund (TBS)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 25%;">2014</td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%; text-align: right;">2013</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von 1.506.100</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.506.100</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 506.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine weitere Förderung der Technologieberatungsstelle ist aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht möglich. Mit dem verbleibenden Ansatz soll die Abwicklung der TBS vorbereitet und umgesetzt werden.</p>	2014		2013		von 1.506.100	Euro	1.506.100	Euro	um 1.000.000	Euro			auf 506.100	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																											
von 1.506.100	Euro	1.506.100	Euro																										
um 1.000.000	Euro																												
auf 506.100	Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 14 010 Ministerium Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2014</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>10.010.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.870.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>9.760.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die in §15 TVgG vorgesehene Prüfbehörde verzichtet werden. Die FDP-Fraktion hat einen Gesetzesentwurf ins parlamentarische Verfahren gebracht, um die Abschaffung des Gesetzes zu bewirken. In 2014 werden 5 Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingerichtet. Die Bezüge für die nicht notwendige Planstellen entfallen.</p>	2014		2013	von	10.010.300 Euro	8.870.800 Euro	um	250.000 Euro		auf	9.760.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014		2013																							
von	10.010.300 Euro	8.870.800 Euro																							
um	250.000 Euro																								
auf	9.760.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	FDP	<p>Kapitel 14 010 Ministerium Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%;">2014</td> <td style="width: 50%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>6.816.500</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">6.053.700Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>6.766.500</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die in §15 TVgG vorgesehene Prüfbehörde verzichtet werden. Die FDP-Fraktion hat einen Gesetzesentwurf ins parlamentarische Verfahren gebracht, um die Abschaffung des Gesetzes zu bewirken. In 2014 werden 5 Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingerichtet. Die Bezüge für die nicht notwendige Stelle entfallen.</p>		2014		2013	von	6.816.500	Euro	6.053.700Euro	um	50.000	Euro		auf	6.766.500	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2014		2013																										
von	6.816.500	Euro	6.053.700Euro																										
um	50.000	Euro																											
auf	6.766.500	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsanträge zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014 auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des HFA zur 2. Lesung**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
	FDP	<p>Kapitel 15 035 Emanzipation Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2014</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">16.081.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">15.681.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">16.181.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Mittel fließen der neuen Aufgabe unter 8. der Erläuterungen „Zuschüsse für Maßnahmen der anonymen Spurensicherung im Falle von sexueller Gewalt“ zu.</p> <p>Begründung: Die Kostenübernahme der anonymen Spurensicherung war bisher nicht geregelt. Mit einem Änderungsantrag wurde in der zweiten Lesung des Haushalts- und Finanzausschusses diese Kostenübernahmeregelung einstimmig in das Gesetz aufgenommen. Der Zuschuss basiert auf Kalkulationen. Die Ansatzerhöhung soll sicherstellen, dass alle entstandenen Kosten gedeckt werden. Kosten der Opferversorgung und Spurensicherung werden nicht von den Krankenkassen übernommen, ohne dass hierzu die Anonymität des Opfers aufgehoben werden müsste.</p>		2014	Ansatz lt. HH 2013	von	16.081.200 Euro		um	100.000 Euro	15.681.200 Euro	auf	16.181.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2014	Ansatz lt. HH 2013																							
von	16.081.200 Euro																								
um	100.000 Euro	15.681.200 Euro																							
auf	16.181.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
	FDP	<p>Kapitel 15 035 Emanzipation Titelgruppe 62 Gleichstellung und Potenzialentwicklung von Frauen in Beruf und Gesellschaft</p> <p>Titel 686 62 Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;">2014 Ansatz lt. HH 2013</p> <p>von 5.000.000 Euro 5.000.000 Euro um 3.000.000 Euro auf 2.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Einführung von 16 Regionalagenturen im Rahmen der „Landesinitiative Frau und Wirtschaft“ führt zum Wiederaufbau von Doppelstrukturen im Bereich der beruflichen Förderung von Frauen und greift darüber hinaus in privatwirtschaftlich bereits besetzte Unternehmensberatungsangebote ein. Auch aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist der Abbau von Doppelstrukturen sinnvoll und geboten. Der restliche Mittelansatz muss zur Rückabwicklung der bereits in Vollzug gesetzten Strukturen zunächst erhalten bleiben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 15 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 80 Patientenbeauftragter</p> <p>Streichung der Titelgruppe</p> <p>Mit Gesamteinnahmen von 0 Euro Mit Gesamtausgaben von 400.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Angebote des Patientenbeauftragten werden nur in einem geringen Umfang in Anspruch genommen. Die Aufgaben können durch andere Träger wie die Unabhängige Patientinnen- und Patientenberatung, Netzwerk Patientenberatung NRW, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. und Selbsthilfeorganisationen übernommen werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																										
	FDP	<p>Kapitel 15 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 81 Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz Titel 684 81 Zuschüsse für freie Träger</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2014</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>3.551.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>2013</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>3.551.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.151.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel für die Projektförderung der Landeskrebsgesellschaft NRW werden hälftig aufgeteilt in Projektförderung und institutionelle Förderung in Kapitel 15 080 Titel 684 12 „Finanzierung der Landeskrebsgesellschaft NRW“. Die Mittel stellen sicher, dass die langjährige, gute und qualitative Arbeit der Krebsgesellschaft NRW in seiner Kontinuität gesichert ist. Zudem erhöht sich durch eine institutionelle Förderung die Unabhängigkeit der Krebsgesellschaft NRW. Die Mittel für ein „Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit“ sind aufgrund der schwierigen Haushaltslage nicht zu rechtfertigen.</p>	2014								von	3.551.300	Euro					2013	um	400.000	Euro					3.551.300 Euro	auf	3.151.300	Euro						<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2014																																													
von	3.551.300	Euro					2013																																						
um	400.000	Euro					3.551.300 Euro																																						
auf	3.151.300	Euro																																											
SPD	nein																																												
CDU	Enth.																																												
GRÜNE	nein																																												
FDP	ja																																												
PIRATEN	nein																																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	<p>Kapitel 15 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 91 Kinderwunsch- Teilnahme des Landes am Förderprogramm des Bundes zur Unterstützung von Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch</p> <p>Ausbringung einer neuen Titelgruppe</p> <p>2014</p> <p>Mit Gesamteinnahmen von 0 Euro Mit Gesamtausgaben von 3.000.000 Euro</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Abstimmungs- ergebnis
	SPD GRÜNE	<p>Änderung in § 1 Haushaltsgesetz 2014</p> <p>Das Haushaltsvolumen in § 1 verringert sich</p> <p>um 1.025.500 Euro</p> <p>auf 62.307.758.300 Euro</p> <p>Begründung: Folgeantrag begründet sich durch die angenommenen Änderungsanträge des Einzelplans 06.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN Enth.</p>

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2014

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: nach 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
06 030	Die Deutsche Zentralbibliothek für Medizin - Zentrale Medizinische Fachbibliothek für die Bundesrepublik Deutschland (bisher Kapitel 06 072) - soll durch das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek Medizin" (2. Lesung des Plenums am 18.12.2013) mit Wirkung vom 01.01.2014 in eine Stiftung überführt werden (neue Titelgruppe 61 im Kapitel 06 030). Die Ansätze und das Personal werden daher im Kapitel 06 072 nicht mehr ausgewiesen.			
TGr. 61 (neu)	Allgemeine überregionale Finanzierungen Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek der Medizin" Haushaltsvermerke: 1. Die Besetzung von Planstellen, die am 1. Januar des Haushaltsjahres frei sind oder im Laufe des Haushaltsjahres frei werden, ist nicht zulässig (Stellenbesetzungssperre). Das Finanzministerium kann hiervon Ausnahmen zulassen. 2. Die Ausgaben der Titel 686 61 und 892 61 sind gegenseitig deckungsfähig. 3. Die Mittel der Titel 686 61 und 892 61 dürfen bis zur Höhe von 20 % des Zuschussbetrages zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden (15 Abs. 2 LHO).			
422 61	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	-	0	0
686 61	Zuschüsse zu den Personal- und Sachaufwendungen	-	11.778.600	11.778.600
892 61	Zuschüsse zu den Investitionen	-	249.200	249.200

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: nach 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
06 072	<u>Deutsche Zentralbibliothek für Medizin</u>			
	<u>Sämtliche Haushaltsvermerke im Kapitel 06 072 entfallen.</u>			
111 01	<u>Gebühren und tarifliche Entgelte</u>	1.000.000	-1.000.000	0
119 01	<u>Vermischte Einnahmen</u>	25.500	-25.500	0
422 01	<u>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</u>	1.155.700	-1.155.700	0
427 01	<u>Entgelte für Aushilfen</u>	286.800	-286.800	0
428 01	<u>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</u>	2.996.400	-2.996.400	0
441 00	<u>Beihilfen in Krankheits- und Pflegefällen aufgrund der Beihilfenverordnung</u>	84.900	-84.900	0
443 00	<u>Fürsorgeleistungen und Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze</u>	500	-500	0
453 01	<u>Trennungsschädigung und Umzugskostenvergütung</u>	500	-500	0
523 10	<u>Wissenschaftliche Literatur</u>	5.879.400	-5.879.400	0
527 01	<u>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</u>	10.000	-10.000	0
527 02	<u>Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten</u>	600	-600	0

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: nach 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
529 10	Zur Verfügung des Direktors	200	-200	0
529 11	Aufwand der Personalvertretung	100	-100	0
547 12	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	957.500	-957.500	0
671 10	Erstattungen an Inland	615.000	-615.000	0
686 10	Beiträge an Organisationen im Inland	419.700	-419.700	0
812 13	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen sowie sonstiger beweglicher Sachen zur Ergänzung und Erneuerung	249.200	-249.200	0
981 10	Erstattung von Versorgungsbezügen an Kapitel 06 900 Titel 381 10	331.700	-331.700	0
981 30	Erstattung von Kosten an Kapitel 06 860 Titel 381 10 für den Anschluss an das Bibliotheksverbundsystem	57.000	-57.000	0
981 51	Erstattung der Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage des Landes Nordrhein-Westfalen" für Besoldungsempfänger (Kapitel 20 020 Titel 381 51)	8.100	-8.100	0
	Abschluss Einzelplan 06:	1.132.215.300	- 1.025.500	1.131.189.800
	Einnahmen:			
	Ausgaben:	7.931.838.600	- 1.025.500	7.930.813.100
	Verpflichtungsermächtigungen:	414.170.000	0	414.170.000

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: nach 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
	Die Deutsche Zentralbibliothek für Medizin - Zentrale Medizinische Fachbibliothek für die Bundesrepublik Deutschland (bisher Kapitel 06 072) - soll durch das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek Medizin" (2. Lesung des Plenums am 18.12.2013) mit Wirkung vom 01.01.2014 in eine Stiftung überführt werden (neue Titelgruppe 61 im Kapitel 06 030). Die Ansätze und das Personal werden daher im Kapitel 06 072 nicht mehr ausgewiesen.			
	Kapitel 06 030 Allgemeine überregionale Finanzierungen			
	Titelgruppe 61 (neu) Stiftung "Deutsche Zentralbibliothek der Medizin"			
	Titel 422 61 Planstellen			
A 16	Leitender/Leitende Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin	-	1	1
A 15	Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin	-	2	2
A 14	Oberbibliotheksrat/Oberbibliotheksrätin	-	3	3
A 13	Bibliotheksrat/Bibliotheksrätin	-	1	1
A 13	Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin Bibliotheksoberamtsrat/Bibliotheksoberamtsrätin	-	1 1	1 1
A 12	Bibliotheksamtsrat/Bibliotheksamtsrätin	-	4	4
A 11	Bibliotheksamtmann/Bibliotheksamtfrau	-	6	6
A 10	Bibliotheksoberinspektor/Bibliotheksoberinspektorin	-	6	6

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: nach 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
A 9	Bibliotheksamtsinspektor/Bibliotheksamtsinspektorin	-	1	1
A 8	Bibliothekshauptsekretär/Bibliothekshauptsekretärin	-	2	2
	Planstellen	-	28	28
	Gliederung nach Laufbahngruppen			
	Höherer Dienst			7
	Gehobener Dienst			18
	Mittlerer Dienst			3
	Einfacher Dienst			-
A 7	Leerstellen: 1 Bibliotheksobersekretär/Bibliotheksobersekretärin			
	Kapitel 06 072 Deutsche Zentralbibliothek für Medizin			
	Titel 422 01			
	Planstellen			
A 16	Leitender/Leitende Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin	1	-1	0
A 15	Bibliotheksdirektor/Bibliotheksdirektorin	2	-2	0
A 14	Oberbibliotheksrat/Oberbibliotheksrätin	3	-3	0
A 13	Bibliotheksrat/Bibliotheksrätin	1	-1	0
A 13	Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin	1	-1	0
	Bibliotheksoberamtsrat/Bibliotheksoberamtsrätin	1	-1	0

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: nach 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
A 12	Bibliotheksamtsrat/Bibliotheksamtsrätin	4	-4	0
A 11	Bibliotheksamtsmann/Bibliotheksamtsfrau	6	-6	0
A 10	Bibliotheksoberinspektor/Bibliotheksoberinspektorin	6	-6	0
A 9	Bibliotheksamtsinspektor/Bibliotheksamtsinspektorin	1	-1	0
A 8	Bibliothekshauptsekretär/Bibliothekshauptsekretärin	2	-2	0
	Planstellen	28	-28	0
	Gliederung nach Laufbahngruppen			
		7	-7	0
	Höherer Dienst	18	-18	0
	Gehobener Dienst	3	-3	0
	Mittlerer Dienst	-	-	-
	Einfacher Dienst			
A 7	Leerstellen: -1 Bibliotheksobersekretär/Bibliotheksobersekretärin			
	Titel 428 01			
	Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			
	vergleichbar höherer Dienst	4	-4	0
	vergleichbar gehobener Dienst	20	-20	0
	vergleichbar mittlerer Dienst	29	-29	0
	Gesamt	53	-53	0
	Stellen für Auszubildende: -3			

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: nach 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
	<u>Personalabschluss Einzelplan 06:</u>			
	Planstellen:	648	0	648
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:	642	-53	589
	Summe:	1.290	-53	1.237